

## 6. Art und Höhe der Zuwendung

### 6.1 Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als zweckgebundener Zuschuss im Wege der Anteilfinanzierung gewährt.

### 6.2 Höhe der Zuwendung

<sup>1</sup>Die Zuwendungshöhe richtet sich nach dem jeweiligen Förderaufruf. <sup>2</sup>Sie kann pauschal, prozentual nach tatsächlich angefallenen Kosten oder als Kombination aus prozentualer Zuwendung mit einer maximalen Obergrenze definiert werden.

<sup>3</sup>Eine prozentuale Zuwendung für **Ladepunkte oder Netzanschluss** liegt bei maximal 60 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten.

<sup>4</sup>Eine pauschale Zuwendung bzw. maximale Obergrenze pro **Ladepunkt** ist von der maximalen Ladeleistung wie folgt abhängig:

- a)  $\geq 11$  kW bis  $\leq 22$  kW    max. 3.000 € je Ladepunkt (Normalladepunkt)
- b)  $> 22$  kW bis  $< 250$  kW    max. 15.000 € je Ladepunkt (Schnellladepunkt)
- c)  $\geq 250$  kW bis  $< 600$  kW    max. 30.000 € je Ladepunkt (HPC-Ladepunkt)
- d)  $\geq 600$  kW    max. 80.000 € je Ladepunkt (MCS-Ladepunkt)

<sup>5</sup>Ergänzend kann eine Zuwendung für den nötigen **Netzanschluss** zur Versorgung der Ladepunkte wie folgt gewährt werden:

- |   |               |
|---|---------------|
| a) Anschluss an das Niederspannungsnetz   | max. 10.000 € |
| b) Anschluss an das Mittel- oder Hochspannungsnetz  | max. 75.000 € |
| c) Anschluss an das Niederspannungsnetz mit Batteriespeicher zur Reduzierung von Netzlasten | max. 75.000 € |

<sup>6</sup>Je nach Förderaufruf und Fördergegenstand können weitere Positionen als zusätzlicher Bonus definiert werden, beispielsweise innovative Ladekonzepte oder Zusatzkriterien zur Steigerung der Ladeattraktivität.

<sup>7</sup>Derartige Kriterien können die prozentuale Obergrenze der Zuwendung um bis zu 10 Prozentpunkte erhöhen.

<sup>8</sup>Die Obergrenze für die Zuwendung für ein und dasselbe Unternehmen ist gem. Art. 36a Abs. 7 AGVO auf maximal 40 Prozent der bereitgestellten Haushaltsmittel begrenzt. <sup>9</sup>Darüber hinaus wird auch die maximale Zuwendung pro Fördervorhaben (Förderantrag) begrenzt.

### 6.3 Zuwendungsfähige Kosten

<sup>1</sup>Zuwendungsfähig sind Kosten gemäß Art. 36a Abs. 3 AGVO, die mit der Beschaffung, dem Aufbau und der Inbetriebnahme der Ladeinfrastruktur entstehen. <sup>2</sup>Dazu zählen insbesondere:

- Technische Ladepunktvorrichtung, angeschlagenes Kabel, Leistungselektronik, abgesetzte Leistungseinheiten, Pufferspeicher oder andere elektrischen Komponenten einschließlich Stromkabeln und Transformatoren
- Tiefbau, Fundament, Installation und Inbetriebnahme
- Kennzeichnung, Stellplatz-Markierung, Stellplatz-Sensoren, Anfahrerschutz

- Beleuchtung oder Wetterschutz für die Ladeeinrichtung (in einem angemessenen bzw. finanziell untergeordneten Rahmen)
- WLAN-Anbindung
- Neuinstallation oder Ertüchtigung eines geeigneten Stromnetzanschlusses einschließlich nötiger Stromspeicherung

<sup>3</sup>Die Kosten von verbundenen Unternehmen sind nur dann zuwendungsfähig, wenn diese nach wettbewerblichen Kriterien zu wirtschaftlichen Bedingungen beauftragt wurden. <sup>4</sup>Die Umsatzsteuer ist nur zuwendungsfähig, soweit keine Berechtigung zum Vorsteuerabzug besteht. <sup>5</sup>Zuwendungsfähig sind nur Kosten, die innerhalb des Projektzeitraums angefallen und durch entsprechende Rechnungen belegbar sind. <sup>6</sup>Der gültige Projektzeitraum wird im jeweiligen Zuwendungsbescheid definiert.

#### **6.4 Nicht zuwendungsfähige Kosten**

U. a. sind folgende Kosten nicht zuwendungsfähig, auch abweichend von Art. 36a Abs. 3 AGVO:

- Planungs- und Verwaltungskosten
- Kosten für die Einholung einschlägiger Genehmigungen
- Kauf, Miete, Pachtung oder Anpassungen geeigneter Grundflächen oder Straßen
- Gebäude, die nicht unmittelbar für den Betrieb der Ladeeinrichtung nötig sind
- Neubau des Park- / Stellplatzes oder nötige Verkehrsanbindung

#### **6.5 Kumulierung**

<sup>1</sup>Nach dieser Förderrichtlinie gewährte Zuwendungen können nicht mit anderen staatlichen Zuwendungen des Freistaats Bayern kumuliert werden. <sup>2</sup>Zuwendungen aus Bundesmitteln sind vorrangig in Anspruch zu nehmen. <sup>3</sup>Eine Kumulierung mit Mitteln der Europäischen Union bzw. mit anderen Beihilfen ist nur unter den Voraussetzungen des Art. 8 AGVO möglich. Wird eine Beihilfe im Rahmen einer wettbewerblichen Ausschreibung in Übereinstimmung mit Art. 36a Abs. 5 AGVO gewährt, darf die Förderintensität 90 % der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht überschreiten, anderenfalls wird die Landesförderung entsprechend gekürzt.